

K l a r e F r o n t e n

Die CDU als Unternehmerpartei Von Dr. Kurt Schumacher

In Frankfurt ist eine politische Entscheidung gefallen. Die CDU/CSU hat im Wirtschaftsrat den sozialdemokratischen Anspruch auf das Wirtschaftsamt der Doppelzone abgelehnt.

Das Verwaltungsamt für Wirtschaft war die einzige bizonale Position, die die Sozialdemokratie bisher innegehabt hatte. Dementsprechend war sie für die SPD unverzichtbar. Hier mußte eine klare Antwort auf eine klare Frage erfolgen: Aufbau des bankrotten, politisch und wirtschaftlich schuldigen Restkapitalismus oder ein sozialökonomischer Neubau.

Der Exekutivausschuß, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben hatte dem Plenum des Wirtschaftsrates den Plan vorgelegt, zwei Sozialdemokraten und drei CDU-Leute als Direktoren bizonaler Verwaltungen zu bestimmen.

Die CDU hat unter allen Umständen das Amt für Wirtschaft erkämpfen wollen. Sie sah die Konsequenz, daß dadurch die Sozialdemokratie zwangsläufig aus allen Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Verantwortung in der Doppelzone hinausgedrängt werden müßte. Sie hat aber diese Folgen akzeptiert und es für richtig gehalten, alle fünf bizonalen Ämter für sich zu kapern. Die CDU hat damit den Versuch gemacht, die totale Macht für die gesamte Wirtschaft in Westdeutschland an sich zu reißen.

Dabei sind ihr peinliche und aufschlußreiche Fehler passiert. Von den fünf Direktoren sind 3 Münchener, ein Beweis für die Richtigkeit der Meinung, daß eine sachliche Politik der CDU in Bayern längst durch die Methoden der persönlichen Vorteile abgelöst ist. Tammany-Hall auf bayrisch! Dieses Mißverhältnis schafft mehr Aufklärung, als alle andere Politik kann.

Die großen Industriegebiete existieren für die CDU in solchen Augenblicken des Beziehens klarer Klassenpositionen nicht. Sie kann sich mit diesen Industriellen nicht öffentlich zeigen. Die Arbeiter sind für sie nur eine agitatorisch mit Täuschungen, Tarnungen, Scheinbeweisen und Begriffsverwirrungen zu behandelnde Masse.

Die CDU/CSU verkündet überall eifrig und geschwätzig ihre Koalitionsbereitschaft. Die Sozialdemokratie ist für Klarstellung der wirklichen Verhältnisse. Die CDU versucht in fast allen Ländern, am meisten in Bayern, die Position einer rücksichtslosen Regierungspartei auszunutzen und gleichzeitig die Vorteile einer hemmungslosen Opposition für sich zu beanspruchen. In dem Fall des Wirtschaftsrates aber standen für die Sozialdemokraten die einfachsten Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung infrage. Sie war darum bereit, ehrlich und loyal mit allen aufbauwilligen Kräften zusammenzuarbeiten, um das Leben des Volkes zu erhalten. In der CDU aber haben die Geschäftsinteressen über die politischen Erwägungen gesiegt.

Die Exekutivdirektoren sind dem Wirtschaftsrat verantwortlich. Von dem Exekutivausschuß hat die CDU dann erzwungen, für jeden Direktorenposten zwei Kandidaten vorzuschlagen. Das ist staatsrechtlich und politisch etwas Neues. Es bedeutet das Recht der zahlenmäßig Stärkeren, die Personalpolitik der anderen Partei zu machen und die Ohnmacht der Schwächeren, die Personalauswahl der stärkeren Gruppe zu beeinflussen. Als die CDU dann diese Position erzwungen hatte, machte sie doch davon keinen Gebrauch. Sie unterlag der Versuchung, gleich alles für sich zusammenzuraffen.

Das Wesen der CDU als einer totalitären Partei wird durch diese

Methoden klargestellt. Ein Vergleich ist nur noch mit der naiven Dreistigkeit der kommunistischen Blockpolitik möglich.

Es hiesse insofern für Humor überanstrengen, wenn man von uns verlangt, eine demokratische Legitimation der CDU anzuerkennen. Die Zusammensetzung des Wirtschaftsrates entspricht nicht den Wahlergebnissen der Doppelzone. Außer den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Kommunisten sind auch sehr große Teile der Anhängerschaft der CDU vom Willen zur sozialen Neugestaltung getragen. Die Bevölkerung der Doppelzone wünscht nicht die Politik der Unternehmer als Linie des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus. Außerdem wird die CDU ja wissen, daß sie nicht nur geistig, politisch und konfessionell, sondern auch gerade von der sozialen Seite her in einer großen Krise ist, der diese improvisierte Partei sehr wenig Widerstehen kann. Die Wahlen vom 20. April in der britischen Zone dürften darüber Klarheit geschaffen haben.

Ersatzprogramme und soziale Phrasenproduktion können diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Bedenke, wie die des Kölner Kardinals, die die "berufständische Ordnung" preisen, zeigen nicht nur den unsozialistischen, sondern auch den antidemokratischen Charakter dieser Partei. Wir hatten oder haben berufständische Ordnungen in Italien, Spanien und Portugal. Mit einer gewissen Ähnlichkeit haben wir sie auch in Deutschland erlebt. Diese alte Agitationsformel der Gegner der Demokratie hat den Absolutismus des Staates nicht abgewendet, sondern nur die Demokratie unterhöhlt. Sie hat in allen Fällen nur der Maskierung der Cliquen-Diktatur gedient und sich überall gegen die Freiheit ausgewirkt.

Die CDU/CSU muß wissen, daß sie mit der Frankfurter Entscheidung den Sozialismus, ja sogar die soziale Linie, aufgegeben hat. Bei dem Spiel mit dem Sozialismus vor den stummenden Augen der katholischen Arbeitermassen ist ihr der Ball aus der Hand gefallen. Eindeutig steht die CDU/CSU als reine Unternehmerpartei da.

Jetzt ist die CDU zusammen mit der FDP Trägerin der Wünsche des deutschen Restkapitalismus. Die unbelohrbaren und in ihrem Denken und ihrer Politik nicht mehr korrigierbaren Cliquen und Klassen sind durch die CDU vorläufig in die Kommandopositionen der westdeutschen Wirtschaft gebracht worden. Die in ihrer Grundhaltung vorgestrigen Parteien wollen das Wirtschaftssystem von vorgestern zur Herrschaft bringen. CDU und FDP sind Nutznießer des Verbotes der Sozialdemokratie in der Ostzone. Sie wollen jetzt Nutznießer der Aufteilung Deutschlands in zwei Teile sein. Mit ihrer privatkapitalistischen Wirtschaftspolitik vertiefen sie den trennenden Graben. Sie haben kein Gefühl der Verantwortung gegenüber dem ganzen Deutschland. Sie müssen wissen, wie sehr ihre Politik in Westdeutschland die Folge haben muß, die arbeitenden Massen abzustößen.

In einer Zeit, in der die Ostblockpolitik Europa aufspaltet und Deutschland mitten durchreißt, geben das deutsche Unternehmertum und seine politische Vertretung, die CDU und die bürgerlichen Splitter, den Kommunisten die bequeme Gelegenheit, den Westen als kapitalistisch und antisozialistisch zu denunzieren und ihren eigenen Staatskapitalismus als Sozialismus anzupreisen.

So fortschrittliche und lebensnotwendige Initiativen wie der Marshall-Plan und die neue amerikanische Politik in den Direktiven kommen dadurch in die Gefahr, durch diese aufdringliche Bundesgenossenschaft der Besitzbürger vor den Massen kompromittiert zu werden.

Die politische Untauglichkeit und Impotenz des deutschen Unternehmertums und des bürgerlichen Parteiensystems offenbart sich wieder in dieser Politik. Überall in Europa geht man in den demokratisch regierten Ländern den Weg zum Sozialismus. Nur in Deutschland möchte man den Naturschutzpark eines überholten Kapitalismus aufrichten. Man sieht nicht, daß andere Voraussetzungen in anderen Kontinenten erst andere Konsequenzen ermöglichen.

Das Sozialprodukt ist in Deutschland zu klein geworden, um Ausbeutungs- und Monopolgewinne zu tragen. Die Interessen der Massen sind in den schärfsten Widerspruch zu der Klassenpolitik der bürgerlichen Parteien gekommen. Die jetzt von der CDU geführte Politik gefährdet die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Magnetwirkung der Doppelsonne auf die übrigen Zonen. Sie schwächt die Kaufkraft der Konsumgüterbedürftigen Massen zugunsten der Unternehmervklassen. Die Kommunisten aller Länder werden ihr dankbar sein!

Die Sozialdemokratie kämpft unbeirrbar um Demokratie und Sozialismus! Für sie ist die Entscheidung von Frankfurt ein Provisorium in einer Kette von Provisorien. Bald wird das heutige Provisorium zugunsten einer sozialistischen Entwicklung überwunden sein. Die Sozialdemokratische Partei kämpft im Geiste der Freiheit. Schließlich war es ja Jefferson, der Schöpfer der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, der 1816 geschrieben hat:

"Nicht die Besitzenden garantieren uns die Fortdauer der Freiheit, sondern das Volk!"

Einladung nach England

In der Zeit vom 4. bis 9. August werden sich eine Reihe führender deutscher Politiker der britischen Zone und des britischen Sektors in Berlin auf Einladung der Hansa Group in England aufhalten. Es handelt sich bei der Hansa Group um eine Gruppe englischer Parlamentarier, die sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzt und sich die Förderung des parlamentarischen Gedankens und der internationalen parlamentarischen Zusammenarbeit zur besonderen Aufgabe gemacht hat. Von sozialdemokratischer Seite werden der Oberbürgermeister von Hamburg Brauer, der gewählte, aber nicht bestätigte Oberbürgermeister von Berlin Reuter, Erich Ollenhauer vom Parteivorstand der SPD in Hannover und Professor Erik Hölting, Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, vertreten sein. Die CDU wird, wie wir hören, durch Jakob Kaiser und Konrad Adenauer sowie durch zwei weitere führende Männer aus ihren Reihen repräsentiert werden. Außerdem werden an der Fahrt je ein Vertreter der KPD, der FDP und des Zentrums teilnehmen.

(a/1/227/1/hs)

Falken nach Dänemark

Eine Gruppe von 20 "Falken" aus Niedersachsen verließ in diesen Tagen Hamburg, um einer Einladung der dänischen sozialistischen Jugend Folge zu leisten. Die Falkengruppe wird Gelegenheit haben, mit dänischen Jugendlichen Kontakt aufzunehmen und an Veranstaltungen der sozialistischen Jugend in Dänemark teilzunehmen.

(a/1/257/1/hs)

Destruktive Vorbehalte

Von Robert Botzat

Wie vor 25 Jahren scheint auch heute Frankreichs Außenpolitik von der Sorge um Sicherheit diktiert. Tatsächlich hat dieses Gefühlsmoment - als ein solches muß es zum Teil angesehen werden, denn 1922 hatte Frankreich noch nicht das Erlebnis des zweiten Weltkrieges - sehr viel Unruhe in die Welt gebracht. Inzwischen sind bestimmte Vorurteile zu historischen Tatsachen geworden, so daß die Franzosen Deutschlands Wiederaufbau als einen Zweck an sich betrachten und ihre entsprechenden Vorbehalte zum Ausdruck bringen. Dies hat in den letzten zwei Jahren mancherlei europäische Fortschritte verzögert. Ob dabei das Erlangen nach Sicherheit zu einem spezifisch französisch-diplomatischen Handwerkszeug geworden ist, soll nicht beurteilt werden.

Frankreich, das Land zahlreicher Streiks, hat es seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht vermocht, sich wirtschaftlich zu reorganisieren. Die Folgen des Krieges sind hier an erster Stelle zu nennen und - der von den Parteien betriebene Verschleiß an Kräften (in parlamentarisches Spiel, das jede erfolgreiche Maßnahme so ziemlich unmöglich machte. Mit Ausnahme der Sozialisten haben französische Staatsmänner bisher wenig Mut zur Unpopulärheit gezeigt, wozu die Ablehnung einer Zerstückelung Deutschlands gehören würde. Die Tatsache der wirtschaftlichen Unsicherheit Frankreichs legt beinahe jedem Politiker die Forderung in den Mund, Deutschlands vollständige Produktionserschmelzung - mit Ausnahmen von Kohle und Nahrungsmitteln - sei die Voraussetzung des industriellen Aufschwungs Frankreichs und die Lösung seiner Probleme.

Frankreichs Politik sieht in dem Abbau Deutschlands den Aufbau Europas. Zu der Zeit als Herriot und Stresemann in London miteinander verhandelten, als im französischen Parlament über das Anwachsen nationalistischer Kräfte in Deutschland diskutiert wurde, erfuhr das demokratisch gesonnene Deutschland von dort wenig Unterstützung. Ein besonderes Licht wirft es auf die damalige Situation, wenn Brüning jetzt an Pechel schreiben konnte: "Einer der Hauptfaktoren bei Hitlers Aufstieg, den ich nur im Vorübergehen erwähnte, war die Tatsache, daß er große Geldsummen von fremden Ländern 1923 und später empfing und gut für die Sabotage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet bezahlte. In späteren Jahren wurde er bezahlt, um Unruhe hervorzurufen und revolutionäre Tendenzen in Deutschland zu ermutigen, und zwar von Männern, die sich einbildeten, daß dies Deutschland ständig schwächen könnte und die Existenz irgend einer verfassungsmäßigen zentralen Regierung unmöglich machen würde. Diejenigen, die so lange versucht haben, diese Tatsache zu unterdrücken, täuschen sich, wenn sie glauben, daß sie dies auf die Dauer tun könnten".

Und heute ist die Lage wiederum so, daß Außenminister Bidault am 18. Juni 1947 dem Generalsekretär der französischen Kommunisten, Jacques Duclos, vor der Nationalversammlung erklären konnte, Frankreich sei die einzige Macht auf der Moskauer Konferenz gewesen, die den völligen Wiederaufbau der deutschen Industrie nicht gutgeheißen habe. Frankreich plädierte in Moskau zwar gegen eine Übervölkerung Deutschlands, um Explosionen zu vermeiden, es wollte aber alle östlichen Grenzfragen unter dem Gesichtspunkt der vermeintlichen Sicherheit behandelt wissen. Es machte den Vorschlag der Aufteilung der Rheinlande in mehrere Staaten und es verlangte die politische Loslösung der Ruhr von Deutschland. Darüber hinaus vertrat es im Gegensatz zu England und Amerika den Standpunkt, zuerst größten Reparationen geleistet, dann könne über eine deutsche Ausführung gesprochen werden - Vorbehalte, die nicht zu konstruktiven Entschlüssen führten. Frankreich ist gegen die Schaffung zentraler Verwaltungsgestalten, gegen die Vereinfachung der

Zonen, solange seine Forderungen nicht anerkannt werden, und es ist auch gegen eine Abstimmung der Deutschen über die Frage Föderalismus oder Einheitsstaat.

Durch die Pariser Konferenz der 16 Nationen hat die Weltpolitik eine neue Phase erreicht. Mit einer gewissen Besorgnis jedoch hat man jene Äußerung Bidaults vom 18. Juli vor der Französischen Nationalversammlung vernommen, nach der sich Frankreichs Standpunkt hinsichtlich der deutschen Industrieproduktion nicht geändert habe, und die Erklärung Bonnets, des französischen Botschafters in Washington, "vollendete Tatsachen" des deutschen Industrienniveaus würden den Marshall-Plan gefährden, haben dieses Gefühl nur verstärkt. Ebenso besorgt wird die Reaktion Frankreichs auf den Vorschlag Hollands im Hauptausschuß der Pariser Konferenz verfolgt, nach welchem Deutschland bei der Debatte über die erhöhte europäische Produktion gehört werden sollte, und worauf Alphand erwiderte, daß seine Regierung jedem Anstieg der deutschen Produktion keine Zustimmung geben könne.

Obwohl Washington in dem industriellen Aufbau Deutschlands keine Gefahr sieht, hat Frankreich starke Bedenken gegen die Ruhrberatungen Englands und Amerikas vorgebracht und es schließlich erreicht, daß Marshall für eine Verschiebung dieser für Deutschland so wichtigen Konferenz eintrat und außerdem eine Beteiligung Frankreichs an den Besprechungen befürwortete. Wenn diese Nachricht in Washington am 24. Juli wieder dementiert wurde, so ist doch darauf hinzuweisen, daß das französische Kabinett in Rambouillet den Beschluß faßte, die britische und amerikanische Regierung davon zu unterrichten, daß Frankreich vor einer deutschen Industrienerhöhung gehört zu werden wünsche.

Es ist zu hoffen, daß es Großbritannien und den Vereinigten Staaten gelingen wird, Frankreich davon zu überzeugen, daß seine Politik destruktiver Vorbehalte gegen ein Deutschland der 65 Millionen auf die Dauer nicht durchzuführen ist und dies vor allem keine europäische Lösung zeitigen kann.

Deutsche Politik in der Ostzone

Es sind nicht die Christlichen Demokraten und auch nicht die Liberalen, die die wirkliche Opposition zur Sozialistischen Einheitspartei in der russischen Zone bilden. Diese wird vielmehr von einer politischen Organisation gestellt, die nicht einmal in der Zone existiert, nämlich von der Sozialdemokratischen Partei. Dr. Schumacher, ihr Führer, spielt in der Ostzone eine Rolle, die irgendwie der de Gaulles während des Krieges ähnelt - obwohl er selbst nicht anwesend ist, ist er der Führer einer Widerstandsbewegung. Die sowjetischen Behörden und die sozialistischen Einheitsführer beklagen sich, daß sich Dr. Schumacher nie um die Zulassung der Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone bemüht hat. Aber er ist zu klug dafür. Er weiß, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Behörden der Ostzone nur zu froh wären, die Sozialdemokratische Partei in ihrer Zone zu haben. Durch die Anwendung von Methoden, die denen analog sind, die die Nazis anwandten - Einschüchterung und Massenpropaganda - könnte die Mehrheits-SED die Sozialdemokraten dann in die Position einer Minoritäts-Gruppe manövrieren, wie es in Polen mit der Bauern-Opposition durch die Regierungsparteien geschah.

(John Elliot in "New York Herald Tribune" v. 13. Juli 1947)

(BLO/227/1/ns)

Glossar

Der Gegenbeweis

Viele Tausende kommen im Monat über die Grenze, nämlich von der Ostsee bis nach Bayern hinzieht. Sie wandern von Osten nach Westen, nicht etwa umgekehrt. Es sind vor allem junge Leute, aber auch ganze Familien, viele alte Leute und Kinder. Der Strom dieser Flüchtlinge - Flüchtende im echten Sinne des Wortes - schwillt ständig an. Die Behörden der Westzonenländer haben sich gezwungen gesehen, angesichts der Überfüllung ihrer Städte und Dörfer eine strenge Zuzugssperre zu erlassen. Zu einem geringen Teil kommen die Flüchtlinge in ein Registrierungs-lager, die meisten können selbst dort nicht aufgenommen werden. Sie wissen das vorher, denn so etwas spricht sich schnell herum, auch über die Grenze hinweg. Aber sie kommen trotzdem und nehmen jedes Risiko auf sich, das der Arbeitslosigkeit, das der Obdachlosigkeit, das der Trennung von ihrer ganzen Vergangenheit und vertrauten Umwelt. Sie wollen aber unter allen Umständen die Zone wechseln.

Weshalb? Offenbar, weil sie keine Gelegenheit haben, die Zeitungen oder den Rundfunk ihrer Zone zu lesen oder zu hören. Bei der Papierzulassung in der Ostzone und der Intensität der "Aufklärung" durch den Rundfunk ist das erstaunlich, aber es muß wohl so sein, denn sonst müßten sie aus diesen so zuverlässigen Quellen wissen, daß sie, wenn nicht eine Hölle gegen ein Paradies, so doch mindestens ein ungleich schlechteres Los gegen ein besseres eintauschen.

Ernsthaft gesprochen, alle diese Tausende haben Übergang von der SED-"Demokratie", die sie gründlich kennengelernt haben. Die Propaganda dieser Partei läuft sich allmählich tot; sie wird täglich und stündlich durch diese Menschen widerlegt, deren Verhalten und deren Berichte überzeugender und wirksamer als alle jene verlogenen Parolen und Be-tuerungen aus der Pleck-Grotewohl - Boko sind, die von den Fortschrit-ton und Möglichkeiten in der Ostzone prahlen. Die herüberkommen und der lebendige Gegenbeweis gegen diese Propaganda sind, wollen nur eins; für sich einen Rest von persönlicher Freiheit und Sicherheit retten.

(u/1/227/hs)

- 11

Offene Karte

"Die Vereinbarung zwischen Deutschland und Rußland im Jahre 1939 war der größte Schrecken für die Antifaschisten", stellte der stellvertretende Vorsitzende der Berliner SPD, Kurt Sattick, kürzlich auf einer öffentlichen Versammlung der SPD Karlsruhe in Gegenwart von Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht fest. Man müsse sich bei Feststellung der Alleinschuld des deutschen Volkes vor Augen halten, wie weit bei ihm die Möglichkeit zur Erkenntnis der wahren Lage bestand, und wie groß die Möglichkeit der Erkenntnis bei der anderen Welt gewesen sei, die sich mit den Faschisten verbrüdet habe.

Neues SPD-Organ

In der französischen Zone wurde in Mainz eine neue SPD-Zeitung lizenziert, "Die Freiheit". Dieses Blatt ist das Organ der SPD. Die Zeitung erscheint im Verlag Rheinland-Pfalz, Erscheinungs- und Ver-lagsort ist Mainz. An der Zeitung sind die drei SPDBezirke pfalz, Rheinhesen und oberes Rheinland beteiligt. Im Gegensatz zu der Li-zenzerteilung in den anderen Besatzungszonen, wo diese auf bestimmte Personen vergeben wird, sind in der französischen Zone die Parteien die Lizenzträger. Chefredakteur der "Freiheit" ist Günter Markschef-fel, sein Stellvertreter Hans HIR.

Die Zeitung erscheint zunächst nur einmal in der Woche mit acht Seiten in einer vorgesehenen Auflage von 60 000 Exemplaren. Die Ab-nahmeforderungen gehen bereits jetzt weit darüber hinaus und betragen das Vierfache der gedruckten Zeitung. Daraus geht das große Interesse an einer SPD-Zeitung in der französischen Zone hervor. Die "Freiheit" setzt die Reihe der anderen SPD-Zeitungen der französischen Zone fort; der in Freiburg erscheinenden "Das Volk", der "Volks-

stimme" in Saarbrücken und der bereits lizenzierten, aber bisher noch nicht erschienenen "Tübinger Zeitung" für Südwürttemberg.

(the/227/B /1/hs)

Der Unfall der Tschechoslowakei

Die Hintergründe für den plötzlichen Beschluß der tschechoslowakischen Regierung, ihre Zusage zur Teilnahme an der Pariser Konferenz wieder rückgängig zu machen, beleuchtet der Londoner "Daily Telegraph". Ihm zufolge drohte die Sowjetunion, die separatistischen Bestrebungen in der Slowakei zu fördern, die polnischen Ansprüche auf das Gebiet von Teschen zu unterstützen und sofort drei russische Divisionen aus Österreich durch die Tschechoslowakei in die russische Zone Deutschlands marschieren zu lassen, wenn sich die Tschechoslowakei nicht dem "Ostblock" anschleße. Gegen die sowjetischen Forderungen nahm vor allem der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Peter Zenkl, der große Gegenspieler des jetzigen Staatspräsidenten Beneš vor dem Krieg, Stellung, Zenkl war während des Krieges in Dachau interniert. Auch Dr. Walter Ripka, der tschechische Außenhandels-Minister, setzte sich für den Marshall-Plan ein. Er erlitt in der entscheidenden Kabinettsitzung einen Schlaganfall und liegt noch immer schwer krank darnieder. Dr. Ripka gehörte als Informationsminister der tschechischen Exilregierung in London an.

(b/310/227/1/hs)

Ausweisung der Deutschen aus Holland

Von unserem Korrespondenten

v.S. Amsterdam, 20. Juli 1947

Vor einigen Tagen hat die Ausweisung der 8000 Deutschen aus Holland begonnen, deren Aufenthalt im Lande als "unerwünscht" angesehen wird. Die Ausweisung geschieht im Einvernehmen mit den alliierten Besatzungsbehörden, und zwar werden die Ausgewiesenen auf die vier Zonen Deutschlands verteilt worden. Die meisten Ausgewiesenen befinden sich bisher noch in Freiheit und nur etwa 750 Personen, Männer und Frauen, waren wegen ihres Verhaltens während des Krieges und der deutschen Besetzung Hollands schon seit einiger Zeit in dem Internierungslager Marienbosch bei Nijmegen (Nymwegen) untergebracht.

Der Abtransport geht folgendermaßen vor sich: zweimal wöchentlich soll eine Gruppe von hundert Personen mit Lastautos nach dem Lager Lüstringen bei Osnabrück geschafft werden, von wo aus der Weitertransport nach den verschiedenen Zonen vor sich gehen wird. Die Ausgewiesenen dürfen einen Teil ihres Hab und Gutes, darunter Matratzen, Decken, Tische und Stühle und auch Kleider und Wäsche mit sich nehmen, damit sie bei ihrem Eintreffen in Deutschland mit dem Notwendigsten versehen sind.

Die Zahl der bisher noch in Holland befindlichen Deutschen wird im ganzen auf etwa 20 000 geschätzt. Amtliche Zahlen sind nicht bekanntgegeben worden. Was jedoch von den Deutschen, die jetzt nicht von der Ausweisung betroffen werden, noch in Holland verbleiben darf, hängt von weiteren eingehenden Untersuchungen und Prüfungen ab. Grundsätzlich sollen nur diejenigen Deutschen eine dauernde Aufenthaltsbewilligung erhalten, die sich durch ihr Verhalten während des Krieges als "aufrechte Freunde des holländischen Volkes" erwiesen haben.

Verantwortlich: Peter Kaunau